

PRESSEMITTEILUNG

D A CH-Reformbarometer

Regierungen bremsen Reformen aus

Die Bundesregierung fordert von den europäischen Partnerländern immer wieder ein höheres Reformtempo. Doch der Reformeifer der Großen Koalition selbst stockt – und macht sogar Rückschritte. Kaum besser sieht es in Österreich und der Schweiz aus, wie das D A CH-Reformbarometer für 2014 zeigt, das gemeinsam vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), der Wirtschaftskammer Österreich und dem Schweizer Think Tank Avenir Suisse erstellt wurde.

Bereits 2013 war die Bundesregierung auf die reformpolitische Bremse getreten, im vergangenen Jahr hat sie mit dem Rentenpaket und dem Mindestlohn dann sogar den Rückwärtsgang eingelegt. Das D A CH-Reformbarometer, das die Reformdynamik der drei Länder misst, ist entsprechend zurückgegangen. Im Jahr kam **Deutschland** nur noch auf 111,2 Punkte – ein Minus von 0,8 Punkten im Vergleich zum Vorjahr.

Auch in der **Schweiz** belastet eine Rentenreform das Barometer: Um das Projekt zu finanzieren, soll unter anderem die Mehrwertsteuer erhöht werden. Der Gesamtindikator ist zum zweiten Mal in Folge gesunken und lag Ende 2014 bei 115,6 Punkten, also 0,6 Punkte tiefer als im Vorjahr.

In **Österreich** ist noch einmal ein Steuererhöhungspaket geschnürt worden – trotz einer der höchsten Steuer- und Abgabenquoten in Europa. Zugleich stellte die Regierung in Wien immer weniger Mittel für wichtige Zukunftsbereiche wie Bildung, Forschung & Entwicklung und Infrastruktur zur Verfügung, wodurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit belastet wird. Österreich verzeichnete 2014 ein Minus von 0,1 Punkten und liegt nun bei 114,7 Punkten.

Im D A CH-Reformbarometer werden Regierungsbeschlüsse, Gesetze, Beschlüsse auf EU-Ebene und für die Schweiz auch Volksabstimmungen berücksichtigt. Im Vordergrund stehen die Arbeitsmarkt-, die Sozial- sowie die Steuer- und Finanzpolitik.

Thomas Puls / Robert Koza / Marco Salvi: "Das D A CH-Reformbarometer 2015 – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz", [Gutachten](#)

Ansprechpartner im IW: Thomas Puls, Telefon: 0221 4981-766

Tendenz fallend

Drei-Länder-Reformbarometer. Sowohl Deutschland als auch Österreich und die Schweiz haben 2014 den nötigen Elan für eine zukunftsweisende Politik vermissen lassen. Selbst wenn es weitreichende Pläne oder Beschlüsse gab, waren diese oft kontraproduktiv. Das galt für die Rentenreformen in Deutschland und der Schweiz sowie für das Steuererhöhungspaket in Österreich. 

Eine gute Wirtschaftspolitik kurzelt das Wachstum an und schafft mehr Beschäftigung. Inwieweit dies in Deutschland, Österreich und der Schweiz tatsächlich gelingt, zeigt das D A CH-Reformbarometer. Mit diesem Indikator nehmen das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die Wirtschaftskammer Österreich und Avenir Suisse seit 2002 die Politik der drei Länder unter die Lupe.

Ihr Befund für 2014 fällt nicht gut aus (Grafik Seite 5):

Für Deutschland wies das Reformbarometer Ende 2014 mit 111,2 Punkten fast 1 Punkt weniger aus als zu Jahresbeginn. In Österreich und der Schweiz ging es leicht abwärts.

Maßgeblich dafür waren im Einzelnen folgende Entwicklungen:

Deutschland. Im Juli 2014 trat die Rentenreform in Kraft, mit der die Große Koalition zwei sozialpolitische Wahlversprechen umsetzte – die Mütterrente und die Rente mit 63. Beide Projekte bürdeten den jüngeren Beitragszahlern allerdings erhebliche Zusatzlasten auf (vgl. iwD 7/2014). Im vergangenen Sommer wurde auch der gesetzliche Mindestlohn beschlossen – dessen beschäftigungspolitische Folgen skeptisch zu betrachten sind. Entsprechend sackte das Reformbarometer für Deutschland innerhalb von nur zwei Monaten um 1,7 Punkte ab.

Zum Jahresende hin ist das Barometer dann wieder gestiegen – bei einigen Teilindikatoren gab es Pluspunkte (Grafik). Im Bereich Steuern und Finanzen wirkte sich die Vorlage des ersten ausgeglichenen Bundeshaushalts seit 1969 vorteilhaft aus. Und der Teilindikator „Wettbewerb und Innovation“ wurde von der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung II beflügelt. Dahinter steckt die Einigung über die Finanzierung der Schieneninfrastruktur bis 2019, die unter anderem die Bundesmittel für diesen Verkehrssektor deutlich erhöht.

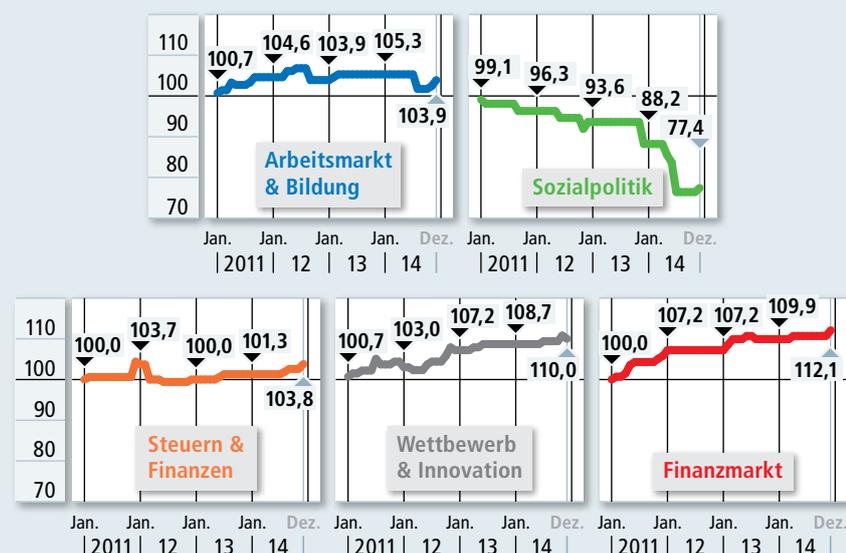
Einen Satz nach oben machte das Barometer zum Jahresende auch im Bereich Arbeitsmarkt und Bildung. Das lag zum einen an der Vorlage des Tarifeinheitsgesetzes, mit dem die Bundesregierung ein Nebeneinander konkurrierender Tarifverträge in einem Betrieb verhindern will. Für einen höheren Punktstand sorgte auch die Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildungspolitik. Künftig können Bund und Länder die Forschung und Lehre an Hochschulen unbefristet gemeinsam planen und finanzieren.

Diese vereinzelt Fortschritte ändern aber nichts daran, dass von einem echten Reform-Elan in Deutschland nichts zu sehen ist – obwohl Berlin genau solche Anstrengungen seit Jahren von den europäischen Partnern fordert.

Österreich. Die Richtung für das Reformbarometer gab hier das Abgabenänderungsgesetz vor – ein Bündel von Steuererhöhungen, die die Österreicher mehr als 1 Milliarde Euro kosten. Unter anderem steigen

D A CH-Reformbarometer: Deutschland im Detail

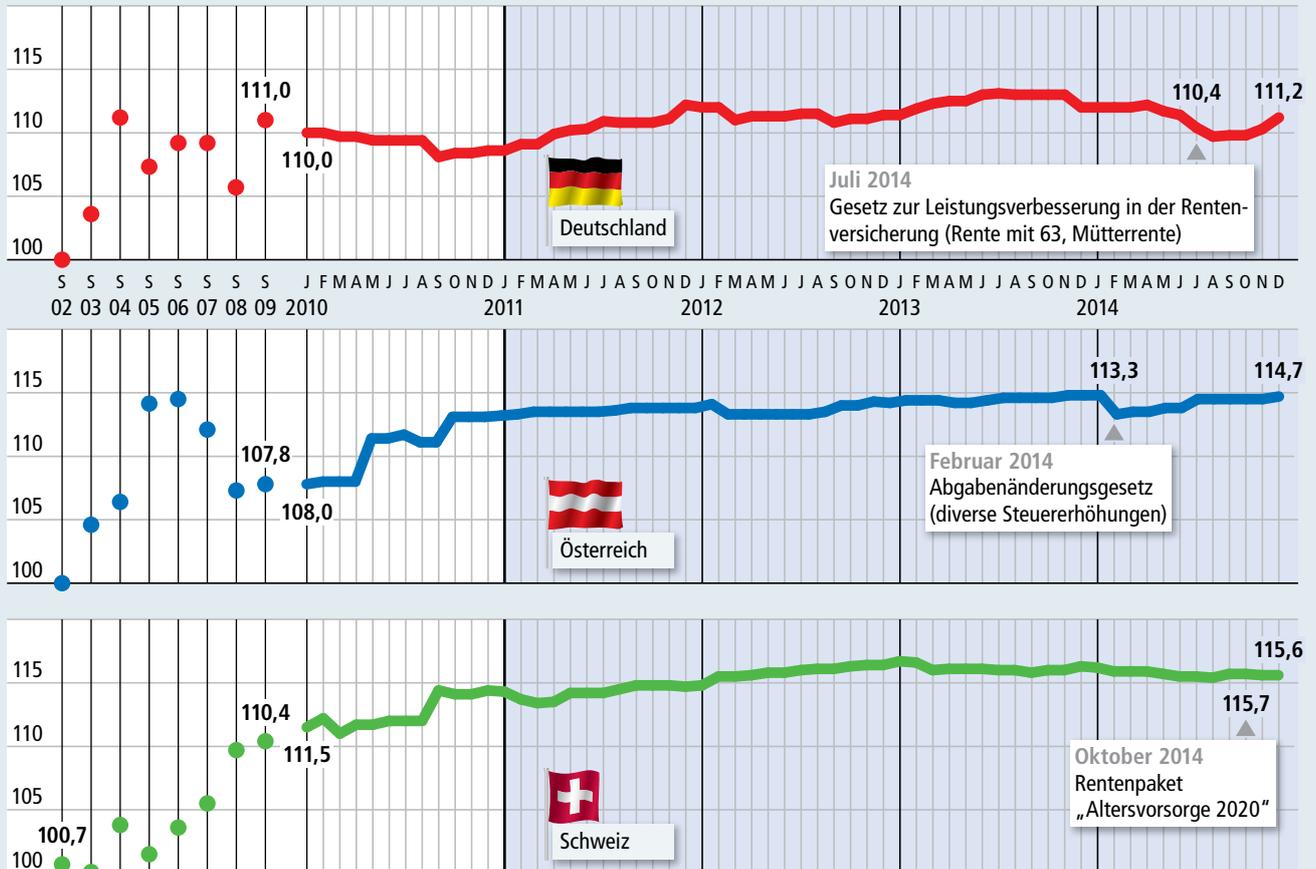
1. Januar 2011 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



D A CH-Reformbarometer: Deutliche Rückschläge

Das D A CH-Reformbarometer beurteilt, inwieweit politische Reformvorhaben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz verändert haben. Seit September 2002 werden Reformen in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik sowie der Steuer- und Finanzpolitik bewertet. Seit Januar 2011 werden zudem die Bereiche Bildungs-, Wettbewerbs-, Infrastruktur-, Innovations- und Finanzmarktpolitik berücksichtigt.

1. September 2002 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Wirtschaftskammer Österreich, Avenir Suisse

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd13

die Kfz- und Versicherungssteuer, die Abzugsfähigkeit von Zinsen und Lizenzgebühren wird eingeschränkt.

Insgesamt mangelt es in Österreich an systematischen Reformen der staatlichen Strukturen: Viel Geld wird ineffizient verwendet und immer weniger Mittel stehen für wichtige Aufgaben wie Bildung, Forschung und Entwicklung sowie die Infrastruktur zur Verfügung. Das schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

Schweiz. Bei den Eidgenossen wurde das Reformbarometer 2014 vor allem von zwei Maßnahmen beeinflusst. Negative Wirkung zeigte die vorgeschlagene Rentenreform,

die zwar die große Finanzierungslücke in der staatlichen Altersvorsorge verkleinern würde, aber die notwendige Anhebung des Rentenalters fast vollständig ausklammert.

Etwas besser fällt das Urteil über die Reformpläne zu den Unternehmenssteuern aus. Zwar muss die Schweiz unter dem Druck der EU und der G20-Staaten Privilegien für multinationale Unternehmen abschaffen. Die Reform versucht jedoch, den Attraktivitätsverlust für den Wirtschaftsstandort Schweiz zu minimieren.

Festzuhalten ist allerdings, dass für die Schweizer Wirtschaft zuletzt vor allem Ereignisse prägend waren,

die das Reformbarometer gar nicht abbildet. Hierzu gehört zum Beispiel der Erfolg der Volksinitiative „Gegen die Masseneinwanderung“ im Februar 2014, auf den die Politik ziemlich ratlos reagierte. Wie groß der Grad der Unsicherheit in der Schweizer Wirtschaftspolitik derzeit ist, zeigt auch die plötzliche Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Schweizer Nationalbank Anfang dieses Jahres.

i Thomas Puls, Robert Koza, Marco Salvi: Das D A CH-Reformbarometer 2015 – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz iwkoeln.de/dach-2015